antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 64 Juli 2009

Pinneberg bleibt nazifrei

Rund 5.000 Antifaschisten erteilten Neonazis eine Abfuhr

Seit dem 6. Juni wird manches anders sein in der Kreishauptstadt Pinneberg am Rande Hamburgs. Obwohl das Oberverwaltungsgericht Schleswig den Neonazis um den unrühmlich bekannten, militanten NPD-Funktionär Thomas Wulff die Genehmigung erteilte, in Pinneberg unter der Losung „Zukunft statt Überfremdung" zu marschieren und die Polizei dafür am Rande der Stadt eine Demoroute sicherte, erhielten die Neonazis von der Bevölkerung die rote Karte gezeigt. „Pinneberg bleibt nazifrei", stellte Bürgermeisterin Kristin Ahlheit auf der Auftaktkundgebung des Bündnisses gegen rechts vor rund 5.000 Gegendemonstranten fest. Mobilisiert hatte ein breites Bündnis, wie es das seit den Demonstrationen gegen die Atomraketen zu Beginn der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr gegeben hatte. Zunächst waren es rund 50 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, die zur Teilnahme an der Gegendemonstration aufriefen, dann wurden es immer mehr. Es war das große Verdienst der Organisatoren, dass niemand ausgegrenzt wurde.

So traten die politisch unterschiedlichsten Richtungen gemeinsam auf. Auf der Hauptkundgebung sprachen neben dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst-Dieter Rossmann (SPD), die Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau (Linke), Vertreter des Landesvorstands der Grünen und der DKP-Partei-Vorsitzende Heinz Stehr. Esther Bejarano, Überlebende des KZ Auschwitz erhielt wohl den stärksten Beifall, als sie betonte: „Wir werden nicht ruhen, solange Alt- und Neonazis ihre menschenverachtende Ideologie in unserem Land verbreiten, jüdische Gräber geschändet und Menschen tätlich angegriffen, ja ermordet werden. Unsere Regierung feiert 60 Jahre Grundgesetz, aber leider richtet sie sich nicht danach, denn in ihm steht, dass alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sein müssen, dass nazistische Schriften und Naziembleme verboten sind. Kämpfen wir also für ein friedliches Leben ohne Rassismus und Antisemitismus."



Die Demoleitung des Bündnisses trug die Losung voran

Das solidarische Miteinander der Antifaschisten im Kreis Pinneberg hatte sich schon vor Beginn der Demonstration eindrucksvoll gezeigt. Da fanden in der evangelischen und der katholischen Kirche Andachten statt mit Gebeten für den Erfolg der antifaschistischen Demo. Die Christuskirche Pinneberg war am 6. Juni mit 400 Teilnehmern am Gottesdienst bis auf den letzten Platz gefüllt, es kamen mehr Menschen als selbst zu Weihnachten. Propst Drope führte sie direkt zum Kundgebungsplatz.

Die VVN - Bund der Antifaschisten hatte am Vortag und morgens vor Demobeginn vor dem Gedenkstein für drei Pinneberger NS-Opfer am Rathaus Mahnwachen abgehalten, die nicht nur von Mitgliedern der eigenen Organisation getragen, sondern auch spontan von Menschen aus dem Spektrum des Bündnisses unterstützt wurden.

Auf Kundgebungen an der Mahnwache sprachen die Bundestagsabgeordnete Petra Pau (Linke), →

Fortsetzung von Seite 1

Heinz Stehr, Parteivorsitzender der DKP und der Ratsherr der Grün-Alternativen Liste, Manfred Stache aus Pinneberg sowie Uwe Zabel, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall im Bezirk Unterelbe.

Die antifaschistische Demonstration war so gewaltig, dass es auch der Polizei nicht gelang, ihre Provokationen durchzuhalten. Als plötzlich auf der Bundesstraße Wasserwerfer und Panzer auffuhren, forderte Uwe Zabel von der IG Metall vom Lautsprecherwagen aus im Namen der Demoleitung auf, diese „unerhörte und unglaubliche Bedrohung“ sofort einzustellen. Er werde die friedliche Demo beenden und die Verantwortung für alles, was folgen werde, der Polizei zuordnen, wenn die Provokation nicht beendet werde.

Uwe Zabel hatte Erfolg: Unter dem Beifall der Tausenden wurden Wasserwerfer und Panzerwagen abgezogen.

Die Begeisterung über die außerordentlich erfolgreiche antifaschistische Aktion war auf der Kundgebung des Bündnisses gegen rechts im Zentrum Pinnebergs riesengroß. Zu den Highlights neben dem Auftritt von Esther Bejarano und den eindrucksvollen Reden des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Pinneberg, Wolfgang Seibert und von Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall gehörte auch der Beitrag des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr, der in seiner Geburtsstadt Pinneberg an die Traditionen des antifaschistischen Widerstands erinnerte und die große Leistung der Organisatoren würdigte, die sich nicht auseinander dividieren ließen, auch nicht durch die immer wieder in der Öffentlichkeit verbreitete Geschichtsklitterung, die nicht müde werde, Gefahren von „Rechts- und Linksextremismus“ an die Wand zu malen.

„Die Rechtsextremisten marschieren für die alten Ziele der Nazis, für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus – hier auf unserer Seite sind jene, die aus der Geschichte Lehren gezogen haben und die für das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes einstehen und gegen jede Form von Ausländerhass, Rassismus und Neofaschismus kämpfen.“

Kostenlos hatten sich auch Künstler zur Verfügung gestellt wie die Chansonsängerin Anna Haentjens, frisch gebackene Kulturpreisträgerin der Stadt Elmshorn und die Gruppe Gutzeit aus Hamburg .

Rede Esther Bejarano am 6. Juni 2009

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich möchte heute und hier darüber sprechen, wie Überlebende von Auschwitz und anderen von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslagern empfinden, welche Gedanken bei ihnen hochkommen, wenn sie sehen, wie braune Horden von Polizei und Justiz geschützt werden, wenn, wie schon vor Jahren, die Entsorgungskampagne konservativer Historiker sozusagen wissenschaftlich formuliert hat, was schon immer an den Biertischen in den Kneipen zu hören ist und nicht erst nach vielen vielen Jahren: Endlich mit der Vergangenheit aufzuhören – endlich mal den Schlussstrich zu ziehen.

Das war immer vorhanden, seit ich hier lebe, mehr oder weniger offen, unterschwellig und überschwellig. Selbst führende Politiker scheuen sich schon lange nicht mehr, offen auszusprechen, „endlich aus dem Schatten Hitlers treten“, oder „ein Volk, das solche wissenschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, endlich nichts mehr von Auschwitz hören zu müssen“, oder „das deutsche Volk kann doch nicht ewig in der Weltgeschichte auf der Anklagebank sitzen“ usw.

Erwartet keinen Aufschrei von uns, den Überlebenden von Auschwitz. Wir hätten unaufhörlich, seit wir hier in der Bundesrepublik leben, aufschreien müssen.

Niemand von uns konnte sich seit 1945 vorstellen, welche Fähigkeit der Verdrängung und der Verleugnung die Schuldigen entwickeln konnten. Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, kann es schwer erahnen, was dies für die Übriggebliebenen bedeutet, hier zu leben, als wäre Auschwitz nie geschehen.

Es war das organisierte Schweigen und Verschweigen, eingehüllt in eine Decke des Schweigens, uns aber blieb der Alptraum in der Nacht, das wieder erlebte Entsetzen, das uns aus dem Schlaf reißt. Manche unter uns konnten so nicht weiter leben und begingen Selbstmord. Auch ich hätte hier nicht leben können, wenn ich nicht gewusst hätte, dass es einen deutschen antifaschistischen Widerstand gegeben hat, der ja auch verschwiegen wurde, welche Leiden und Opfer er gekostet hat, wenn nicht deutsche Antifaschisten an unserer Seite gestanden hätten. Sie durchbrechen immerfort die Mauern des Schweigens und zu ihnen gesellten sich immer mehr Menschen, die nicht so leben wollten, als hätte es kein Auschwitz gegeben. Sie haben sich auf die Seite der Opfer gestellt.



Ihrer Rede lauschten 4.000 Kundgebungsteilnehmer: Esther Bejarano, rechts Uwe Zabel (IG Metall)

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir werden nicht ruhen, solange Alt- und Neonazis ihre menschenverachtende Ideologie in unserem Land verbreiten, jüdische Gräber geschändet und Menschen tätlich angegriffen, ja, sogar ermordet werden. Unsere Regierung feiert 60 Jahre Grundgesetz, aber leider richtet sie sich nicht danach, denn in ihm steht, dass alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sein müssen, dass nazistische Schriften und Naziembleme verboten sind.

Kämpfen wir also für ein friedliches Leben ohne Rassismus und Antisemitismus.

Das bin ich jedenfalls den Millionen Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen schuldig, und ich zähle auf unsere Jugend, die niemals vergessen wird, was damals geschah.

70 Jahre danach – Gedanken zum Antikriegstag

Am 1. September 2009 sind es 70 Jahre her, dass die deutsche Wehrmacht Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Wo die Vorbereitungen der Gewerkschaften und der Friedensbewegung noch nicht abgeschlossen sind, finden in diesen Tagen in verschiedenen Kreisen, Städten und Gemeinden Beratungen statt, wie dieser Jahrestag begangen werden kann. Je nach den politischen Voraussetzungen sind es Gewerkschaften oder Friedenskoordinationen, die vor Ort die Initiative ergreifen. Immerhin war es der Deutsche Gewerkschaftsbund, der 1957 den 1. September zum Antikriegstag erklärte. Wie bei den Vorbereitungen auf den 1. Mai wird darum gerungen, unter welcher Losung die Veranstaltungen, Konferenzen oder Demonstrationen stattfinden. Umso mehr, als die Bundestagswahlen unmittelbar bevorstehen und sich die Frage Krieg oder Frieden ganz konkret stellt. Werden es Veranstaltungen sein, an denen sich Bundestagsabgeordnete beteiligen können, die gerade eben der Verstärkung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zugestimmt haben oder werden es Antikriegstag-Aktionen sein, die von den Bundestagskandidaten verlangen, endlich den verfassungswidrigen Kriegseinsätzen der Bundeswehr ein Ende zu bereiten?

Um die Frage des Kriegseinsatzes am Hindukusch wird sich niemand herumdrücken können, der sich zum Antikriegstag äußert. Zwar bemüht sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung verzweifelt, den Begriff Krieg zu vermeiden. Es wäre ein großer Fehler, das so zu formulieren, sagte Jung in einem Zeitungsinterview. Zu Recht erklärten die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Lühr Henken und Peter Strutynsky: „Die Durchhalteparolen von Verteidigungsminister Jung angesichts der neuerlichen Toten in Afghanistan sind ebenso scham- wie bedenkenlos. Wer im Angesicht des Todes von drei Bundeswehrsoldaten in einem sinnlosen Krieg davon redet, man sei es den Toten „schuldig“, dass der „Stabilisierungseinsatz“ in Afghanistan fortgesetzt werde, hat den Ernst der Lage nicht verstanden und nimmt gedankenlos weitere Todesopfer in Kauf.“

Bei Redaktionsschluss unserer Zeitschrift stand die Abstimmung im Bundestag über den von der Bundesregierung beantragten Einsatz von AWACS-Flugzeugen unmittelbar bevor. Es muss befürchtet werden, dass die Mehrheit des Bundestages zustimmt, obwohl sich nach Umfragen zwei Drittel unserer Bevölkerung gegen die Eskalation des Krieges und für dessen Beendigung aussprechen. Wie halten es jene Abgeordnete, die den Krieg fortsetzen wollen, mit der Respektierung des Wählerwillens? Wer weitere sinnlose Opfer in Afghanistan vermeiden will, sollte nur jene Kandidaten wählen, die sich für den Abzug aller deutschen Soldaten entscheiden.

Zur Vorbereitung auf den Antikriegstag gehört für Antifaschisten auch die Wachsamkeit gegenüber Neonazis, die wieder zu einem „nationalen Antikriegstag“ aufrufen. Der berüchtigte Neonazi Peter Borchard hatte einmal die zynische Losung ausgegeben: „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg“. Die Neonazis waren es, die in der Vergangenheit die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Krieg zwischen 1939 und 1945 geleugnet haben und deshalb gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in aggressiver Weise zu Felde zogen. In Dortmund zeigten sie die Parole „Für den Frieden jederzeit Ja – für die Aberkennung deutscher Ehre stets ein Nein“. Das Bündnis „Dortmund gegen rechts“ antwortete auf die Provokation der Neonazis mit Transparenten, auf denen der Satz zu lesen war: „Heute wie damals – der Feind steht rechts“.

In einem kurzen Bundestagswahlkampf nach den Sommerferien werden Dutzende Probleme in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gerückt, um die ein Großes Für und Wider entbrennen wird.

Vergessen wir aber nicht, was Willy Brandt einmal treffend so ausgedrückt hat: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“.

Günther Wilke

Protestkundgebung in Ratzeburg

Kein Nazihaus in Ratzeburg!

Am 12. Juni 2009 fand in Ratzeburg auf dem Marktplatz eine Protestkundgebung statt gegen die Zustände in Ratzeburg im Bezug auf die Entwicklung der Naziszene und dem Umgang mit linken Jugendverbänden.

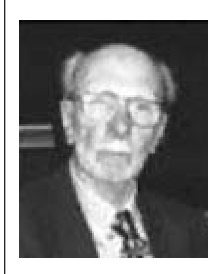


Die Entwicklung der Naziszene in Ratzeburg ist erschreckend. Von der Politik unbeachtet haben die Faschisten offiziell eine „NS-Haus“-Gründung in der Ratzeburger Innenstadt bekannt gegeben. Dieses soll als Anlaufstelle für „volkstreue Deutsche“, also als Treffpunkt für Alt- und Jungnazis und deren Gefolgschaften und Sympathisanten dienen. Eine junge Antifaschistin sagte mir, dass Erschreckende ist, dass sich keiner darüber aufregt. Dass das als ganz normal gesehen wird. Sie sagt weiter, dass die Jugendlichen keine Räume von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen, wo sie sich treffen könnten..

Es mehren sich Übergriffe auf Antifaschist/Innen im Kreis Herzogtum Lauenburg. Wir haben alle noch die fürchterlichen Brandanschläge in Mölln 1992 im Gedächtnis, wo drei Türkinnen ums Leben kamen. Nachdem in Mölln ein Netzwerk gegen Rechts gegründet worden ist, soll jetzt auch ein kreisweites Bündnis entstehen. Die jungen Antifaschist/Innen schreiben in ihrem Flugblatt: „Der Plan der Etablierung eines NS-Hauses und somit einer festen braunen Szene ist im Keim zu ersticken und darf in keiner Weise unsere Zukunft beeinflussen, indem wir den Nazis Freiräume zugestehen und sie in Frieden lassen“.

Lore Meimberg, Lübeck/Lauenburg

Trauer um Jürgen Brammer



Die VVN - Bund der Antifaschisten trauert um Jürgen Brammer, der im Alter von 83 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. Mit ihm haben wir einen Kameraden verloren, der bis zuletzt als Zeitzeuge, besonders vor jungen Menschen, über die Zeit des Hitlerfaschismus, über Verfolgung und Widerstand berichtete. Besonders eindrucksvoll und anschaulich waren in den siebziger Jahren seine Reden auf Jugendweihefeiern in Kiel, in denen er eindringlich vor Faschismus und Krieg warnte.

Jürgen Brammer, Jahrgang 1925, war acht Jahre alt, als sein Vater von den Nazis verhaftet und mit 40 anderen Genossen in einem Schauprozess zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Kaum hatte Jürgen den Beruf des Stuckateurs gelernt, wurde er 1943 zur Wehrmacht eingezogen. Das Kriegsende erlebte er in französischer Gefangenschaft, aus der er 1948 entlassen wurde. Zurück in Kiel, schloss er sich der antifaschistischen Jugendorganisation FDJ und der KPD an. Zusammen mit seiner Frau Traute kämpfte er aktiv gegen die Remilitarisierung und für ein friedliches, demokratisches Deutschland.

In der Zeit des Verbots der KPD gründete er die linke Zeitung „Freies Wort“, die stets ein Sprachrohr der antifaschistischen und Friedensbewegung war. Später arbeitete er für eine Presseagentur und einen Wirtschaftsverlag. Da Angeln und Fischen zu seinen privaten Leidenschaften gehörten, stellte er seine journalistischen Fähigkeiten auch in den Dienst des Verbandes der Sportangler und Sportfischer.

Die VVN - Bund der Antifaschisten hat er vor allem in den letzten Lebensjahren tatkräftig unterstützt. Die Landesvereinigung Schleswig-Holstein konnte sich auf seinen kompetenten Rat und auf seine Hilfsbereitschaft immer verlassen.

Schluss mit der Nazigewalt in Neumünster!

Seit Anfang dieses Jahres wurden mehrere Neumünsteraner BürgerInnen Opfer neonazistischer Gewalttaten. Mehrmals gab es Anschläge auf Wohnhäuser, Fahrzeuge und Menschen. Diese Anschläge bewegen sich zwischen Sachbeschädigung (zerstochene Autoreifen, eingeworfene Fensterscheiben etc.), Körperverletzung und Brandanschläge. So brannte kürzlich ein PKW vor einem alternativen Wohnprojekt gänzlich aus. Es wurde festgestellt, dass es sich eindeutig um Brandstiftung gehandelt hat.

Hinter den Taten stecken vermutlich organisierte Neonazis der so genannten „Aktionsgruppe (AG) Neumünster“ , die sich am „Vorbild“ der für ihre Gewalttaten bekannten „AG Kiel“ orientieren.

Die letzten und bisher brutalsten Vorfälle der Reihe faschistischer Gewalttaten in Neumünster begannen mit einem Überfall auf eine kleine Gruppe TierrechtlerInnen, die am späten Nachmittag des 16. Mai vor dem Zirkus Renz Flugblätter verteilten. Sie wurden von zehn Nazis überfallen, zwei Personen wurden dabei auf dem Boden liegend von den Nazis geschlagen und getreten, und erst durch das mutige und entschlossene Eingreifen eines Passanten beendeten die Nazis ihren Überfall und flohen. Die beiden Verletzten mussten im Krankenhaus behandelt werden.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juni wurde eine Fensterscheibe eines Mehrfamilienhauses, in dem auch ein Bündnismitglied und AJZ Vorstandsmitglied wohnt, mit einem Pflasterstein eingeworfen. Zum Zeitpunkt des Überfalls befand sich u.a. ein Kleinkind in der Wohnung. Ein Hausbewohner verletzte sich an den Scherben und musste nachts noch ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Am 7. Juni wurde der Pressesprecher des Bündnisses gegen Rechts in seinem Auto von Nico S. und einer weiteren Person ausgebremst und von der Spur gedrängt. Schließlich wurde mit Hilfe eines Teleskopschlagstocks – noch während der Fahrt – eine Scheibe am Fahrzeug des Bündnismitgliedes zerschlagen. Der Täter Nico S. nutzte dazu das Auto seiner eigenen Familie, die in der Einfelderstraße ein Massagestudio betreibt.

Nicht nur am 7.6. benennen Augenzeugen und Geschädigte Nico S. als einen der Täter, sondern auch bei anderen Überfällen der Vergangenheit soll dieser aktiv beteiligt gewesen sein. Es laufen zur Zeit mehrere Ermittlungsverfahren. Des weiteren beteiligt an der „AG Neumünster“ ist der seit 2008 in Neumünster wohnende Alexander H.. Er stammt ursprünglich aus Neustadt, ist seit Jahren aktiver Nazi, auch seiner Zeit im Umfeld der terroristischen und verbotenen „Combat 18“, und musste sich bereits für einen Anschlag auf das Neustädter Denkmal der Cap Arcona sowie für Gewalttaten vor Gericht verantworten.

(Auszug aus einem Flugblatt, das auf der Demo am 13.6.2009 verteilt wurde)

Flugblatt „Keine Nazis in die Parlamente“ erschienen

Die seit mehr als einem Jahr in Pinneberg bestehende Initiative „Keine Nazis in die Parlamente“ hat ein Flugblatt entwickelt, das sich mit der Kandidatur der NPD zu den Bundestagswahlen und zu den im nächsten Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein auseinander setzt.

Informationen und Bestellungen bei Marianne und Günther Wilke, Tel. 04103-3486. E-mail: mariannewilke@web.de

„Die NATO hat die Welt (noch) im Griff"! „Kein Frieden mit der NATO"!

Die Allianz soll: *„Die Bereitschaft umfassend vorbereiteter und verlegbarer Streitkräfte"* sicherstellen, die *„fähig sind, das volle Spektrum militärischer Operationen und Missionen durchzuführen – auf dem und über das Territorium der Allianz hinaus, an dessen Peripherie und über strategische Distanzen"*.

Mit dieser Erklärung am 4. April 2009, am 60. Jahrestag der NATO, macht das Bündnis deutlicher als je zuvor, dass Kriege mit allen Waffen (auch Atomwaffen) zu jeder Zeit in der ganzen Welt, auch in Zukunft, der Menschheit nicht erspart bleiben.

Das widerspricht der UNO-Charta Art. 1 „Die Welt von der Geisel des Krieges zu befreien..." und es widerspricht dem antifaschistischen und dem Frieden verpflichteten deutschen Grundgesetz, das die Vorbereitung von Angriffskriegen verbietet.

Aber das ficht die deutschen Bundesregierungen seit 1999, dem Beginn des völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegs gegen Jugoslawien, nicht mehr an.

Energiesicherheit, Klimawandel, Piraterie, Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitere globale Probleme stehen im Vordergrund der Anlässe, bei denen die NATO meint, kriegerisch in Geschehen weltweit einzugreifen.

Die neueste Idee ist, evtl. auch in Pakistan einzugreifen.

Es gibt Widersprüche in der NATO. Die neuen Mitglieder, die wollen, dass die NATO Sicherheit vor Russland organisiert und Moskau eindämmt, im Gegensatz zu vielen älteren Mitgliedern, die europäische Sicherheit künftig mit Russland gestalten möchte. Oder, dass NATO-Militäroperationen vom Scheitern bedroht sein könnten (wie z.B. Afghanistan). Auch eine Debatte darüber, dass den Risiken der Gegenwart vor allem mit nicht-militärischen Mitteln begegnet werden muss. Die Tagung hat beschlossen, bis 2010 ein globales Strategiekonzept auszuarbeiten.

Verabschiedet hat die NATO auch eine zivil-militärische Strategie für den Krieg in und gegen Afghanistan und eine Aufstockung der Streitkräfte auf bis zu 60.000 Soldaten plus 30.000 Soldaten anderer Staaten.

Die Aktionen gegen den NATO-Gipfel, die auch von der VVN - BdA mit organisiert wurden, haben gezeigt, dass Demonstrations- und Freiheitsrechte keine Rolle spielen, wenn es um so ein Kriegsbündnis wie die NATO geht.

Aggression nach außen – Krieg, Intervention und Besatzungen – bedarf und führt zu Aggressionen nach Innen.

Ein NATO-Gipfel mit wenigen Überraschungen für die Friedensbewegung, aber mit schwerwiegenden Folgen für die Menschen, besonders in Afghanistan, für die Bundeswehr und für den Bundeshaushalt, der in diesem Jahr auf die Rekordhöhe von 31 Mrd. Euro steigen wird.

Für den Bundestagswahlkampf bleiben die Losungen: Abrüstung statt Sozialabbau! Bundeswehr raus aus Afghanistan! *Bernd Meimberg*

Erich-Mühsam-Preis für Gunter Demnig

In einer sehr bewegenden Veranstaltung der Erich-Mühsam-Gesellschaft wurde am 26. April 2009 der Erich-Mühsam-Preis an Gunter Demnig, den Initiator der Aktion „Stolpersteine gegen das Vergessen", verliehen. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch einen exzellenten Vortrag von Klezmermusik, die von Jana Nitsch und Marcus Berthold aus Lübeck vorgetragen wurde. Nach der Begrüßung durch Sabine Kruse hielt Kai Dohnke aus Hamburg die Laudatio. Besonders gingen mir seine Worte über das Projekt STOLPERSTEINE nahe.

„Vielleicht hat er uns dauerhafte Wunden zugefügt, die ebenso wenig verheilen können, wie die Verbrechen der Nazis wieder gutzumachen oder zu vergessen sind." Danach wurde der Preis an Gunter Demnig verliehen und er hielt seine Dankesrede.

Gerade in dieser Zeit, in der der Nationalsozialismus wieder hoffähig gemacht wird – in der sich Anne Franks Geburtstag zum 80. Mal jährt – mögen uns die Narben, die wir alle in uns tragen – immer daran erinnern, mutig zu sein – und uns mit aller Umsicht, dem Vergessen entgegenzusetzen. *Mechthild Schweitzer*

VVN-BdA Lübeck/Lauenburg



Rechtsextremismus und globale Krise des Kapitals

von Lorenz Knorr, Frankfurt/M

Lorenz Knorr schickte uns diese Kurzfassung seines Referats anlässlich einer Veranstaltung der VVN-BdA Lübeck am 8. Mai 2009 zum Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus in Europa 1945.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 brachte einen rasanten Aufstieg der faschistischen Partei Hitlers von 2,6 % in 1928 und 37,4 % im Juni 1932. Gefördert von Kapitalherren und Generalität war die Hitler-Partei so stark wie beide Arbeiterparteien mit zusammen 37,2 %. Was nach 1933 und im Zweiten Weltkrieg an einmaligen Verbrechen mit 65 Millionen Toten geschah, ist bekannt.

Gegenwärtig finanzieren die Kapitalherren die Neofaschisten (noch?) nicht, obwohl die jetzige globale Krise die größte in der Geschichte des Kapitalismus ist. Das wirft die Frage auf, ob die Herrschenden nun wirksamere Instrumente zur Stabilisierung ihrer Vormacht besitzen. Sind sie auf Barbarismen, KZs und totaler Ausschaltung alternativer Akteure nicht mehr angewiesen?

Einst funktionierte die Nazi-Partei als Sammelbecken für unzufriedene Menschen, damit diese nicht links wählen. Diese Funktion erfüllt sie heute kaum. Auch die einstige Rammbock-Funktion gegen die Linke ist z.Zt. unwirksam, weil die Linke relativ schwach ist. Jedoch wirkt die neofaschistische Signalfunktion. Parolen der Neofaschisten, die in der Öffentlichkeit „ankommen", übernehmen die Herrschenden, um das gesellschaftliche Spektrum weiter nach rechts zu rücken, weg vom Auftrag des sozialstaatlichen und demokratischen Grundgesetz der BRD.

Innenminister Schäuble als Rechtskonservativer will die NPD nicht verbieten lassen – trotz eindeutiger Verfassungswidrigkeit. Das lässt darauf schließen, dass man die Rammbock-Funktion nützen will, wenn der Protest gegen die sich ausweitende Krise an Macht gewinnt.

Die 1945 von der US-Führung verordnete „Sozialpartnerschaft" zwischen Arbeit und Kapital lähmte die Kampfkraft der Gewerkschaften. Das Einschwenken der SPD-Führung auf die Linie des Kapitals mit dem Godesberger Programm minderte die Kampfkraft für sozialen Fortschritt und gerechten Frieden noch weiter.

Das z.Zt. wichtigste Instrument zur Stabilisierung der Kapital-Dominanz ist der sog. „Heimatschutz". In ca 500 Städten der BRD schafft man Strukturen und Pläne, um „erweiterte Sicherheit" zu garantieren. Es ist nicht die Sicherheit des Volkes, sondern die der privilegierten Minderheit! Der jeweilige Oberbürgermeister, der Polizeipräsident und ein General der Streitkräfte haben das Kommando. Wer im Krisenfall bestimmt, ist klar: der General! Ein DGB-Funktionär oder ein Repräsentant von attac bzw. einer Friedens- oder Ökologie-Bewegung ist nicht dabei! Damit dürfte die Stoßrichtung des „Heimatschutzes" klar sein! Zu sichern sind Kraftwerke, Verkehrswege, Rundfunk und Fernsehen, Konzernzentralen u.a. wichtige Einrichtungen. Als Helfer dafür sollen neben der mit neusten Waffen ausgerüsteten Polizei die Feuerwehren und vor allem bewaffnete Reservisten der Streitkräfte bereit stehen. Mit letzteren versucht man die Einwände gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu unterlaufen. Bewaffnete Zivilisten in Zivil unter dem Kommando eines Generals, unterstützt von der Polizei u.A. sollen „Terroristen" bekämpfen. Wenn z.B. ein spontaner Streik ohne Absegnung des DGB gegen Massenelend entsteht, ist das zu bekämpfender „Terrorismus"! Wenn der Protest im Volk contra armutsfördernde Maßnahmen der Bundesregierung große Ausmaße annimmt, wird dieser „Terrorismus" bekämpft! Mit „nichttödlichen Waffen" soll ein Aufstand unblutig niedergeschlagen werden. Noch nicht bekannt ist, dass diese neuen Waffen Langzeit-Verletzungen mit sich bringen.



Lorenz Knorr am 8. Mai 2009 bei der VVN-BdA Lübeck

Unsere Aktionen gegen ein Verbot der NPD als „Speerspitze" des Neofaschismus sollten verstärkt weitergeführt werden. Ebenso notwendig ist Aufklärung über den „Heimatschutz", weil die Menschen nichts darüber wissen. Anfragen bei Oberbürgermeistern und den jeweiligen Abgeordneten sind notwendig, um diese neue Unterdrückungsaktion durchschaubarer zu gestalten und Widerstand dagegen zu mobilisieren.

Das Heft von Lorenz Knorr „Globale Krisen des Kapitalismus und Rechtsextremismus" beinhaltet den gesamten Vortrag und kann über uns für 2,50 Euro inkl. Versand bestellt werden.

Richtungskämpfe in der NPD

Wer vor einem halben Jahr noch gedacht hatte, die NPD taumele ihrem Ende entgegen, muss sich jetzt korrigieren: schon auf ihrem vorgezogenem Parteitag Anfang April zeichnete sich eine Radikalisierung dieser für das ganze neofaschistische Spektrum wichtigsten Organisation ab. Etwa zur gleichen Zeit wurden ihre Schulden bei der Bundestagsverwaltung nahezu halbiert. Was also hat sich seitdem getan?

Den Auseinandersetzungen um die Wahl des neuen Parteivorsitzenden lag ein Richtungsstreit zugrunde: Sollte die Partei eher auf nationalistisch-konservative Wähler als Zielgruppe orientiren? Eine Linie, die insbesondere von dem sächsischen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel sowie einem Teil der Parteiführung in Mecklenburg-Vorpommern um Andreas Molau und z.T. Udo Pastörs vertreten wurde.

Im Vorfeld des Parteitages wurden verschiedene Führungskader als Nachfolger des Parteivorsitzenden Udo Voigt gehandelt – denn offensichtlich gaben nur noch wenige Udo Voigt eine Chance – , darunter Andreas Molau, Holger Apfel, Udo Pastörs und Jürgen Rieger. Letzterer hatte für den Fall, dass Molau kandidieren würde, seine eigene Gegenkandidatur angemeldet. Und in der Tat blieb zunächst Molau als einziger Kandidat gegen Voigt übrig. Aber anscheinend befürchteten selbst seine Anhänger aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen eine Abstimmungsniederlage und einen Parteivorsitzenden Jürgen Rieger, und so wurde Molau etwas überraschend kurz vor dem Parteitag durch Udo Pastörs ersetzt. Die Wahl zum Parteivorsitzenden gewann dann aber doch deutlich der schon politisch totgesagte Udo Voigt (136:72). Und mit Jürgen Rieger als einem von drei Stellvertretern sowie Thomas „Steiner“ Wulff, einer der maßgeblichen Vertreter der „freien Kräfte“ als Beisitzer deutet sich eine Radikalisierung der NPD und ihres Umfeldes an.

Einer der Redner auf der zentralen Kundgebung der NPD in Berlin war der österreichische Nazi Herbert Schweiger. Herbert Schweiger (Jahrgang 1924) aus Österreich wird von der NPD als „ehemaliger Angehöriger der LAH“ (SS-Panzer-Division Leibstandarte-SS Adolf Hitler) angekündigt. Unter anderem wegen seiner Leugnung des Holocaust saß er in Österreich vier Mal in Haft. Schweiger gilt auch als Mentor des gebürtigen Österreichers Andreas Thierry, der beim jüngsten NPD-Parteitag neu in den Parteivorstand gewählt wurde. In einem Interview mit der englischen Zeitung Daily Mail wird er zitiert: *„Der Jude von der Wall Street ist verantwortlich für die derzeitige Weltwirtschaftskrise. Es ist heute dasselbe wie 1929, als 90 Prozent des Geldes in der Hand des Juden war. Hitler hatte damals die richtigen Lösungen…. Meine Aufgabe ist, die Grundlagen des Nazismus zu lehren. Ich reise regelmäßig durch Österreich und Deutschland, um zu jungen Mitgliedern unserer verschiedenen Gruppen zu sprechen…. In der SS war ich ein Sprengstoff-Fachmann, also brachte ich den Burschenschaften bei, wie man Bomben baut. Wir benutzten das Hotel, das meiner Frau und mir gehörte, als Übungslager.“*

Andreas Molau wurde Pressesprecher der DVU, deren medialen Auftritt er umgehend modernisierte. Ihm schwebt ein weichgespülter Rechtsextremismus vor, der sich gediegen präsentiert und vom „rechten Narrensaum“ der Rabauken und Randalierer distanziert. Und wieder wurde von manchen, sonst meist gut unterrichteten Kreisen wie „endstation rechts“ in Mecklenburg-Vorpommern, vom „Pyrrhussieg“ Voigts geschrieben und angesichts des sogenannten Superwahljahres die deutliche parlamentarische Schwächung erwartet.

Die Kandidatur Frank Rennickes, „Liedermacher“, maßgeblich am Projekt „Schulhof-CD“ und selbst in der NPD am rechten Rand einzuorten, erhielt bei der Wahl zum Bundespräsidenten ganze 4 der mehr als 1200 Stimmen der Bundesversammlung. Bei der Wahl zum EU-Parlament, erzielte die gemäß dem sogenannten Deutschlandpakt zwischen NPD und DVU kandidierende DVU magere 0,4 % (REP: 1,7 %), während die NPD bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern mehr als 180 kommunale Mandate erreichte.

Als die Gerichte den Aufmarsch der Neofaschisten zum 1. Mai in Hannover endgültig verboten hatten, gab es mehrere Überfälle auf DGB-Kundgebungen, den schwersten wohl in Dortmund, aber auch z.B. Itzehoe blieb nicht verschont.

Bei uns in Schleswig-Holstein sind die Neofaschisten z.Zt. hauptsächlich im nördlichen Landesteil mit den Kreisen Nordfriesland, Flensburg, Scheswig-Flensburg und Kiel, sowie im Kreis Pinneberg und mit Einschränkung in Lübeck aktiv. In Kiel, das sie zur „Frontstadt“ erklärten, sind es schwerpunktmäßig gewalttätige Angriffe auf linke und autonome Projekte und Personen, während in den drei anderen Nordkreisen mit häufigen Infotischen und Steckaktionen versucht wird, den Anschein von Normalität zu erwecken. Meistens scheitert das daran, dass Antifaschisten mit Transparenten und Fahnen für jeden sichtbar Position beziehen und die Bürger der betroffenen kleinen Städte über den Aufzug der NPD (oder unter welchem Banner sie auch immer auftreten) aufklären, während Trillerpfeifen und Sprechchöre die akustische Verbreitung des neofaschistischen Mülls verhindern.

Neuerdings tauchen sie allerdings mit propagandistischen Fragestellungen immer häufiger in den Sitzungen des nordfriesischen (und auch lauenburgischen) Kreistags und seiner Ausschüsse auf.

Nach antisemitischen Anschlägen in Pinneberg rief Thomas „Steiner“ Wulff zu einem „Tag der deutschen Zukunft“ am 6. Juni in Pinneberg auf, der sich gegegen „Überfremdung“ richtete und jährlich in einer anderen norddeutschen Stadt stattfinden solle. Dagegen bildete sich ein breites Bündnis, das zum Protest gegen diese Provokation aufrief (siehe S. 1/2). Bisher einmalig auch ein Vertrag zwischen der Pinneberger Verkehrsgesellschaft, dem Betriebsrat undver.di, in dem geregelt wurde, dass die PVG den Neofaschisten keine Busse zur Verfügung stellt.

Etwa 200 Neofaschisten waren dem Aufruf gefolgt, während gleichzeitig 4.000 Menschen dem Bündnisaufruf gefolgt waren.

Das Maximalziel, den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern, wurde zwar erwartungsgemäß nicht erreicht. Eine derart deutliche Absage durch die gesamte Bevölkerung hatten die Nazis aber doch nicht erwartet. *rb*



1. Mai in Kiel – Christel Pieper sammelt Unterschriften zur nonpd-Kampagne und verteilt braune Tüten mit dem nonpd-Logo für die Entsorgung des Nazimaterials

Foto: Ulf Stephan

Kieler Ratsversammlung verurteilt Rechtsextremismus

In einem interfraktionellen Antrag hat die Ratsversammlung der Stadt Kiel auf die Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten reagiert. Die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Abgeordnete des SSW betrachten „mit Sorge das verstärkte Auftreten rechtsextremistischer Gruppierungen mit politisch motivierten Gewalttaten im Kieler Stadtgebiet.“

In der Resolution heißt es weiter: „Die Landeshauptstadt Kiel tritt seit Jahren auf vielfältige Weise extremistischer Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Übergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer, Schwulen und Lesben sowie antisemitischen Handlungen entgegen.

Die demokratischen Fraktionen und die Ratsfrau des SSW in der Ratsversammlung bekräftigen ihre Auffassung, dass gemeinsames Handeln kommunaler und staatlicher Institutionen mit den Bürgerinnen und Bürgern gefordert ist. Weder gewaltsame Übergriffe noch neonazistische und rechtsextreme Propaganda auch nicht in Form von Fahnen oder Aufklebern – werden wir in unserer Stadt dulden.

Darum ruft die Ratsversammlung die Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv in ihrem Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Freizeit gegen rassistische und ausgrenzende Äußerungen Stellung zu beziehen, den betroffenen Menschen beizustehen und deutlich zu machen, dass wir nicht wegsehen und Diskriminierung und Gewalt nicht tolerieren..

Die Ratsversammlung fordert die Ordnungsbehörden auf, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegen Handlungen und Äußerungen vorzugehen, welche die in unserem Grundgesetz allen Menschen garantierten Menschenrechte verletzen.“

Kontakt:

- Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-211658, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970